



Antrag der AfA für den a. o. Parteitag der SPD-Lippe am 19.5.07

Keine Vergabe an Postdienstleister, die keine auskömmlichen Löhne zahlen!

Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:

- 1. dass Einladungen und Informationsmaterial der SPD Lippe nicht über private Postdienstleister verschickt werden, die ein Entgelt unterhalb von 7,50 €/Std (Mindestlohn) zahlen, und**
- 2. dass SPD-Mandatsträgerinnen und –träger in Stadt- und Gemeinderäten initiativ werden, mit dem Ziel Beschlüsse herbeizuführen, den Dienststellen zu untersagen, private Dienstleister mit dem Postversand zu beauftragen, die nicht ein Entgelt von mindestens 7,50 € Std. zahlen.**

Begründung:

Mit der Beendigung des Briefmonopols der Deutschen Bundespost (DP) nutzen immer mehr Verwaltungen und auch Gliederungen der SPD die Dienste von Wettbewerbern der DP um ein paar Cent je Brief zu sparen. Durch diese Entwicklung sind bei der DP 30.000 Arbeitsplätze abgebaut und bei den privaten Postdienstleistern 17.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Die dort Beschäftigten erhalten rund 49 % weniger Lohn als bei der DP. Ihr Lohn beträgt bei den großen Anbietern 5,17 bis 5,80 €/Std. (DP 10,67 €/Std.). Kleinere regionale Anbieter beschäftigen in der Regel Mini- bzw. Midijobber mit noch geringerem Entgelt. Alle bisher bekannten privaten Postdienstleister vertrauen offensichtlich darauf, dass staatlicher Transfer den Beschäftigten ein Existenzminimum (7,50 € Std.) sichert. Oder anders ausgedrückt: der Staat zahlt Wettbewerbsvorteile (Wirtschaftsförderung???)

Diese Entwicklung, sicher nicht nur durch Politikerinnen und Politiker allein veranlasst, führt dazu, dass die dort Beschäftigten entweder einem Zweitjob nachgehen oder aber ergänzende Leistungen des Alg.II in Anspruch nehmen müssen. Letzteres belastet dann die kommunalen Haushalte. Also auf der einen Seite Porto gespart und auf der anderen Seite die Kosten der Alg.II-Zahlungen erhöht. Eine rational nicht nachvollziehbare Strategie, die unterm Strich nicht nur höhere Kosten für die Allgemeinheit verursacht, sondern Betroffenen ein Leben in Würde abspricht.

Eine Kampagne für Mindestlohn durchzuführen und Unterschriften dafür zu sammeln ist nur dann glaubwürdig, wenn dort, wo Politik direkten Einfluss hat, sich einsetzt, mit unsinnigen Sparmassnahmen Schluss zu machen.

Weiterleitung an:

- **SPD-Kreistagsfraktion in Lippe**
- **SPD-Ratsfraktionen in Lippe**

Zustimmung: